

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Ehe für alle - Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit allen verfügbaren Mitteln darauf hinzuwirken, dass das Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts unverzüglich eingeführt wird.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Gesetzesinitiativen auf Bundesebene zur Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare scheiterten bislang an der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Am 25. September 2015 wurde ein Gesetzentwurf im Bundesrat beschlossen, mit dem künftig gleichgeschlechtliche Partnerinnen und Partner die Ehe eingehen können (siehe Bundesrat-Drucksache 273/15). In dem Gesetzentwurf wird das Verbot der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnerinnen und Partnern als „konkrete und symbolische Diskriminierung von Menschen aufgrund der sexuellen Identität“ beschrieben. „Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Änderung des Eheverständnisses gibt es keine haltbaren Gründe mehr, homo- und heterosexuelle Paare unterschiedlich zu behandeln und am Ehehindernis der Gleichgeschlechtlichkeit festzuhalten.“ (Bundesrat-Drucksache 273/15).

Im März dieses Jahres wurde ein Vorstoß der SPD im Koalitionsausschuss zur Einführung der „Ehe für alle“ von der CDU abgewiesen. Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern wird aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass bestehende Gesetzesinitiativen zur Einführung der „Ehe für alle“ noch in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu einem Abschluss im Sinne dieses Antrags gebracht werden.